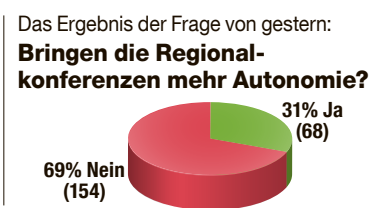


Frage des Tages

Sollte die Universität sparen?

SP-Ständerätin Anita Fetz verortet Sparpotenzial bei der Universität Basel. Sollte die Universität Basel sparen müssen?
www.baz.ch



«Es darf keine Denkverbote geben»

SP-Ständerätin Anita Fetz zu den Auswirkungen des Stabilisierungsprogramms des Bundes auf die Region Basel

Von Aaron Agnolazza

BaZ: Frau Fetz, mit dem Präsidium der Finanzkommission des Ständerats übernehmen Sie ein prestigeträchtiges Amt. Was ist von Ihnen finanzpolitisch zu erwarten?

Anita Fetz: Einen einigermaßen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu präsentieren, dazu verpflichtet schon die Schuldenbremse. Dabei werde ich bei den Ausgaben in «Nice to have»- und in «Must Have»-Ausgaben unterscheiden und bei den Einnahmen auf das Stopfen von Steuerschlupflöchern. Meine Priorität ist es, dass wir nicht an dem Ast sägen, auf dem unser Wohlstand beruht, und das sind eindeutig die Bildung und die Forschung.

Sie übernehmen dieses Amt in einer turbulenten Periode: Der Bundesrat hat mit dem Stabilisierungsprogramm 2017–2019 ein milliardenschweres Sparpaket aufgelegt. Werden die Hebel am richtigen Ort angesetzt?

Zuerst einmal zu den Gründen, warum der Bundesrat eine Milliarde pro Jahr sparen will: Die Einnahmen sind seit dem Nationalbankentscheid vom 15. Januar 2015 förmlich eingebrochen. Die Steuerausfälle wegen der Unternehmenssteuerreform II sind immer noch stark und das Parlament hat für die Kinderbetreuung und für Weiterbildungen grosszügige Steuerabzüge beschlossen, die jetzt wirksam sind.

Die gebundenen Ausgaben schränken das Parlament erheblich ein. Gespart werden soll deshalb bei Bildung, Entwicklungshilfe und beim Bundespersonal. Als Linke müssten Sie dagegen eigentlich auf die Barrikaden.

In der Tat gibt es nur wenige ungebundene Bereiche, in denen gespart werden kann. Dazu gehören neben den von Ihnen erwähnten Bereichen noch die Armee, die Landwirtschaft und ein Teil des öffentlichen Verkehrs. Am meisten trifft es mit 600 Millionen die Entwicklungshilfe und ausgerechnet die Integrationsausgaben im Inland, was mit der Flüchtlingskrise eine gefährliche Sache ist. Dann folgen Bildung und Forschung mit 555 Millionen, das ist mit vollen 20 Prozent des gesamten Sparpakets übermässig viel. Besonders grotesk mutet es an, dass die Armee etwa so viel für den super-teuren «Duro» ausgeben will. Angesichts von Fachkräftemangel und Digitalisierung der Arbeitswelt ist das dramatisch, zumal die hoch subventionierte Landwirtschaft verhältnismässig wieder geschont wird. Beim Bundespersonal sehe ich schon etwas Sparpotenzial, denn es ist in den letzten Jahren tatsächlich gewachsen. Allerdings sollte man da gezielt und nicht linear kürzen. Einfach zur Verdeutlichung: Von den 36 000 Bundesangestellten arbeitet ein Drittel, also 12 000

beim VBS. Das ist zu viel. Wo es hingegen eine Aufstockung braucht, ist beim Grenzwachtkorps.

Vorausgesetzt, das Stabilisierungsprogramm wird vom Parlament nicht grundsätzlich infrage gestellt und kommt grossteilig durch. Werden die geplanten Einsparungen ausreichen?

Das hängt von mehreren Faktoren ab: Die wichtigsten sind die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Frankenstärke. Aber auch Entscheide an der Urne haben grosse Auswirkungen. Je nach Ausgang der Abstimmungen Ende Februar werden noch Ausfälle von bis zu 2,3 Milliarden für Bund und Kantone wegen der CVP-Heirats-Initiative dazukommen. Davon profitieren wird eine privilegierte Elite von 80 000 gut verdienenden Ehepaaren. Bezahlen werden es die Singles und die mittleren Einkommen. Auch die zweite Gotthardröhre wird mit drei Milliarden Franken zu Buche schlagen, obwohl der Sanierungsbedarf erst in 20 Jahren anfällt. Also kann man das Vorhaben locker verschieben. Die Kompensation dieser neuen Ausfälle ist im bundesrätlichen Sparprogramm noch gar nicht enthalten. Auch der bereits erwähnte Entscheid der Bundesparlamente zu den Duro-Lastwagen der Armee wird happig zu Buche schlagen: Da will man über eine halbe Milliarde für die Neuausstattung ausgeben, obwohl auf dem Markt für die Hälfte genauso gute Fahrzeuge angeschafft werden könnten.

Die grössten Einsparungen stehen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation an. Welche Auswirkungen sehen Sie für die Bildungslandschaft Schweiz und insbesondere auch die Hochschulen, wie etwa die Universität Basel oder die Fachhochschule Nordwestschweiz?

Alle Hochschulen, die Forschungsförderung und die Berufsbildung werden weniger Geld vom Bund bekommen als ursprünglich geplant. Die kantonalen Unis erhalten in der Regel 20 Prozent Grundbeiträge vom Bund, die Fachhochschulen 30 Prozent und die Berufsbildung 25 Prozent. Das wird jetzt nicht mehr möglich sein. Auch die vorgesehene Aufstockung für die Ärzteausbildung und die Förderung des Mint-Nachwuchses werden kaum realisierbar sein. Das halte ich für einen gravierenden Fehler. Unser einziger Rohstoff ist Bildung und Forschung – das ist nicht einfach ein Spruch, sondern die Wirklichkeit.

«Es ist höchste Zeit, die Beiträge der Kantone für ihre Studierenden zu erhöhen.»

Die Universität Basel will jedoch nicht sparen. Die neue Rektorin Andrea Schenker-Wicki hat angekündigt, dass die Universität Basel durch zusätzliche Drittmittel weiterhin wachsen will.

Das wird viel Engagement brauchen, was ich ihr absolut zutraue. Dennoch habe ich gewisse Zweifel, ob man für Geisteswissenschaften und Juristerei substanzielle Drittmittel generieren kann. Bei den Life Sciences ist das wohl einfacher.

Welche Strategie sollte die Universität Basel fahren, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig und für die beiden Basel finanziell tragbar zu sein?

Die Strategieentwicklung ist die Aufgabe des Unirats. Genau dafür sind die Damen und Herren dort gewählt, und zwar paritätisch aus beiden Basel. Die Strategie muss sicher den knapper werdenden Mitteln angepasst werden. Dabei bin ich für eine Volluniversität, auch wenn für eine solche nicht jedes einzelne Fach gleich entscheidend ist. Auf jeden Fall ist es höchste Zeit, die Beiträge der Kantone für ihre Studierenden auf die Vollkosten zu erhöhen. Vor allem die Beiträge für Medizinstudierende decken mit 51 000 Franken nur etwa die Hälfte der effektiven Kosten.



«Wir sollten die Uni verteidigen.» SP-Ständerätin Anita Fetz plädiert zwar für eine Volluniversität, ohne sich aber dem Sparen zu verschliessen. Foto Lucian Hunziker

Die Beiträge der Kantone müssten also erhöht werden. Eine Forderung, der viele Kantone ohne eigene Universität wohl kaum zustimmen werden.

Die entsprechende Kommission ist paritätisch zusammengesetzt aus Regierungsräten aus Uni- und Nichtuni-Kantonen. Da kann man mit entsprechender Überzeugungskraft einiges erreichen. Das wäre im Moment eigentlich die wichtigste Aufgabe für Regierungsrat Christoph Eymann, der ja Präsident der Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) ist. Dabei müsste man auch kreative Ideen für ein Entgegenkommen einbringen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise, den Nichtuni-Kantonen zu helfen, dass sie von ihnen unterstützte Medizinstudierende verpflichten könnten, nach dem Abschluss drei bis fünf Jahre in ihrem Heimatkanton zu praktizieren. Neue Herausforderungen brauchen neue Massnahmen.

Wie lange kann sich Basel-Stadt eine Universität noch leisten, die ein Budget von über 700 Millionen Franken pro Jahr aufweist?

Wir sollten unsere Uni auf jeden Fall verteidigen. Sie ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern bildet auch die Basis dafür, dass in unserer Region neben dem Geld auch der Geist eine wichtige Rolle spielt. Doch klar ist auch, dass es in jeder Organi-

sation dieser Grössenordnung Sparpotenzial hat. Da darf es keine Denkverbote geben.

Neben dem Stabilisierungsprogramm des Bundes rollt noch ein weiterer finanzieller Tsunami auf den Kanton zu. Die Unternehmenssteuerreform III dürfte auch bei einer vorteilhaften Ausgestaltung mit einer Lizenzbox zu Steuerausfällen in Millionenhöhe führen. Sind die finanziell rosigen Zeiten im Kanton Basel-Stadt also demnächst vorbei?

Zurückhaltend gesagt, kann man das nicht ausschliessen. Ganz sicher ist auf jeden Fall schon heute: Die Bundespolitik und ihre Sparmassnahmen werden voll auf den Kantonshaushalt durchschlagen. Darüber müssen sich alle Akteure im Klaren sein. Ich bin deshalb froh, dass sich der Widerstand gegen die rabiaten Einschnitte bei der Bildung und Forschung langsam zu formieren beginnt. Er muss laut und deutlich werden. 555 Millionen sind eindeutig zu viel. Die Hälfte könnte man vielleicht stemmen.

Ihre Parteikollegin Eva Herzog hat ein Entlastungspaket von jährlich 69,5 Millionen Franken bis ins Jahr 2017 aufgelegt. Nachdem der 80-Millionen-Deal mit Baselland bekannt wurde, wollten rot-grüne Parlamentarier dieses wieder kippen. Ist das Entlastungspaket noch nötig, wenn man jährlich 20 Millionen an Baselland «verschenken» kann?

Ein Teil ist sicher nötig. Allerdings nicht technokratische Kleinkrämereien wie 160 000 Franken für die Behindertenfachstelle. Das ist absurd. Oder die Kürzung bei den Beihilfen. Das trifft die Ärmsten. Das ist unwürdig. Und Gift sind Absonderlichkeiten wie die Torpedierung des Ärztestopps durch einen Basler Regierungsrat im Nationalrat. Und das, obwohl der Gesamtregierungsrat eindringlich davor gewarnt hatte. Das wird die Basler Prämienzahler zwei bis drei Prozent mehr kosten – dabei haben wir schon heute schweizweit die höchsten Krankenkassenprämien. Bis jetzt kommt der regierungsrätliche Nationalrat die Basler Bevölkerung teuer zu stehen: Er arbeitet bei vollem Lohn nur Teilzeit und hilft erst noch mit, die Prämien ohne Not in die Höhe zu treiben.

Diesen Herbst wird die rot-grüne Mehrheit erstmals auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Wie zuversichtlich sind Sie, dass SP und Grünes Bündnis ihre Mehrheit im Regierungsrat halten können?

Das wird man erst beurteilen können, wenn bekannt ist, welche Persönlichkeiten wieder und neu kandidieren. Regierungswahlen sind Personenwahlen.

«Bis jetzt waren einige so naiv, zu meinen, dass sich die SVP schon noch mässigen wird.»

Der Rücktritt von Guy Morin erhöht die Chancen für das bürgerliche Lager jedoch merklich, wenn man bedenkt, dass voraussichtlich erstmals CVP, FDP, LDP und SVP gemeinsam antreten.

Diesen Schulterschluss möchte ich erst sehen, bevor ich daran glaube. Unmöglich ist nichts. Was die SVP betrifft: Bisher haben ihre Kandidaten praktisch nur Stimmen aus den eigenen Reihen geholt. Das reicht bei Majorzwahlen nicht. Auch von Quereinsteigern sollte man nicht zu viel erwarten. Sie scheitern oft an mangelnder Erfahrung, was die politischen Prozesse betrifft. Zudem werden sich viele bürgerlich Wählende daran erinnern, welchen potenziellen Schaden die SVP für unseren Kanton mit der Masseneinwanderungs-Initiative angerichtet hat. Zur Erinnerung: Die Basler Stimmbevölkerung hat diese Initiative mit fast zwei Dritteln abgelehnt. Bis jetzt waren einige Wirtschaftsverbände so naiv, zu meinen, dass sich die SVP schon noch mässigen wird. Das Gegenteil ist der Fall.

Muss die SP Anspruch auf das Regierungspräsidium erheben?

Solange das Amt so wenig Kompetenzen hat, nicht zwingend. Trotzdem glaube ich, dass das Amt für einen bisherigen eine spannende Aufgabe sein könnte. Voraussetzung dafür wäre die Lust, dem Kanton ein profiliertes Gesicht zu geben als moderner, innovativer Stadtkanton mit sozialem und ökologischem Drive. Wichtig wäre es, den Schulterschluss der sechs grössten Städte der Schweiz zu pushen, nennen wir sie die «G-6». Die grossen Städte müssen endlich offensiv ihre Bedürfnisse äussern. Denn sie sind die Wirtschaftsmotoren der Schweiz. Von drei Steuerfranken des Bundes kommen zwei aus diesen Städten, die alle, ausser Bern, in Geberkantonen sind. Die G-6-Städte sind die Milchkuhe der Nation und strukturell in der Minderheit. Im Städteverband gehen sie völlig unter. Deshalb braucht es ihren Schulterschluss. Gemeinsam ist man bekanntlich stärker.

ANZEIGE

TICKETS JETZT BEI
WWW.TESTROCKOPERA.COM

TEST
THE ROCK OPERA

20. FEBRUAR BIS 6. MÄRZ
IM SCALA BASEL

Basler Zeitung Messe Basel

ANZEIGE

Doo ka me alli
Comité-Bängg
gniesse

Theater Basel
& Schauspielhaus

Mittwoch
Schlussoobe
Neu
19 Uhr

Live-Stream:
www.fasnacht.ch

Vorverkauf
Theater-Kasse
ab 18. Januar
2016